

Schwarzwälder Tageszeitung

Aus den "Tannen"

Allgem. Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw u. Freudenstadt — Amtsblatt für den Bezirk Nagold u. Altensteig-Stadt

Wagnispreis: Die einpaltige Zeile oder deren Raum 18 Pfg., die Reklamezeile 45 Pfg. / Erscheint wöchentl. 6 mal. / Bezugspreis: Monatlich 1.50 Mk., die Einzelnummer kostet 10 Pfg. / Bei Nichterhalten der Zeitung infolge des Gewalt od. Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung / Postfach-Konto Stuttgart 5780 / Telegr.-Adr.: "Tannenblatt" / Tafel. 11

Nummer 43

Altensteig, Samstag den 21. Februar 1931

54. Jahrgang

Der Verkehrsetat angenommen

Präsident Ebe teilt bei Eröffnung der Sitzung mit, daß nachträglich vom Abg. Graf-Thüringen (Dn.) ein Urlaubsgesuch auf 14 Tage wegen dringender Geschäfte eingezogen sei. (Beitritt.) Dem Gesuch wird stattgegeben.

Die zweite Beratung des Haushalts des Reichsverkehrsministeriums wird fortgesetzt.

Abg. Groß (Z.) bezieht die Vereindeutlichung der Verkehrsverwaltung. Die Reichsbahn werde wegen ihrer schlechten Finanzlage die Hilfe des Reiches in Anspruch nehmen müssen. Auf die Dauer sei es nicht zu rechtfertigen, daß die Reichsbahn gegenüber der Reichspost benachteiligt wird. Unter den letzten Verhältnissen sei eine Tarifsenkung bei der Reichsbahn leider unmöglich. Die Reichsbahn sei im Gegensatz zu früher zu einem kapitalistischen Ausbeutungsobjekt geworden. Was die Reichsbahnverwaltung in ihrer Personalpolitik an Abbaumaßnahmen und an Lohnersparnismaßnahmen im Wege des Etats geleistet hat, das verstoße wider Treu und Glauben. (Hört! Hört!) Die willkürliche Schließung von Eisenbahnwerkstätten liegt auf derselben Linie. Mit diesem System muß endlich Schluss gemacht werden. (Sehr richtig.) Das Reichsverkehrsministerium müßte einen größeren Einfluß auf die Reichsbahn gewinnen. Der Schenkervertrag ist den Expeditoren schon seit 1924 bekannt gewesen, von einer Ueberwälzung kann also nicht gesprochen werden. Der Vertrag bedeutet zweifellos ein Monopol, durch das weite Kreise geschädigt werden. Die Regierung sollte sofort eine Klärung der Rechtslage bei diesem Vertrag herbeiführen. Es ist bedauerlich, daß die Reichsbahnverwaltung den Schenkervertrag heimlich ohne Zustimmung mit dem Reichstag abgeschlossen hat.

Abg. Scheffel (S.) verurteilt ebenfalls das Verhalten der Reichsbahnverwaltung beim Abschluß des Schenkervertrages. Im Verwaltungsrat der Reichsbahn liege der entscheidende Einfluß bei führenden Industriellen. Die Arbeitsbedingungen bei der Reichsbahn verdienen die härteste Kritik. Eisenbahnarbeiter müssen zum Teil 57 Stunden wöchentlich arbeiten bei einem Stundenlohn von 66 Pfennig.

Mit der Beratung verbunden wird ein Antrag des Abg. Rintel (Chr.Sos.), die Gehälter der oberen Reichsbahnbeamten herabzusetzen und denen der gleichgestellten Reichsbeamten anzugleichen.

Reichsverkehrsminister von Guérard:

Was die Gehälter der leitenden Beamten der Reichsbahn betrifft, so werde ich mich darüber am nächsten Montag im interaktionellen Ausschuss äußern. Ich habe mich der Forderung angeschlossen, daß über diese Gehälter authentische Auskunft gegeben wird. Das wird auch geschehen. Die bei der Reichsbahn gezahlten Leistungszulagen halte ich nach Form und Art für unerträglich. (Beifall.) Ueber den Bau des Rüben-Dammes sind die Verhandlungen mit Preußen leider nur langsam vorwärtsgesommen. Wenn Preußen zu laune zögert, wird von uns der Eisenbahndamm gebaut.

Ich habe immer den Wunsch geäußert, daß bei Straßenbauten nur deutsches Material verwendet wird. Einen Zwang kann ich auf die Unterhaltungsstellen nicht ausüben. Das Kraftfahrzeug ist heute nicht nur durch die Steuer, sondern auch durch die Brennstoffsteuer, die Mineralölsteuern und durch den Bemessungszwang belastet. Es ist ein Irrtum, wenn Abg. Groß meinte, eine Ueberwälzung mit dem Schenkervertrag liege nicht vor. Im Jahre 1924 hat allerdings Herr von Siemens dem damaligen Generaldirektor Dejer ein solches Projekt entwickelt. Dieser Plan ist aber damals entschieden abgelehnt worden. (Hört, hört!)

Abg. Selmerich (Bay.Vo.) wendet sich gegen die unerreichte Verteilung der Kraftfahrzeugsteuer. Preußen erhalte bei rund 145 000 Kraftfahrzeugen 450 000 Mark, Bayern bei 80 000 Kraftfahrzeugen 90 000 Mark. Der Redner kritisierte die Personalpolitik der Reichsbahn. In den Jahren 1925 bis 1929 sei die Gesamtzahl der Beamten um 10 Prozent verringert worden, während im gleichen Zeitraum die Zahl der höheren Beamten um mehr als 10 Prozent zunahm.

Der Verkehrsetat wurde darauf in zweiter Beratung angenommen.

Es folgte die Abstimmung über die Prehaesechnovelle, durch die immunen Abgeordneten verboten wird, zugleich verantwortliche Redakteure zu sein. In einfacher Abstimmung wurde die Vorlage gegen Kommunisten und Handvoll angenommen.

Es folgte dann die Beratung des Haushalts für Kriegskosten, wozu ein Jos. und kommunistischer Redner sprachen.

Schüsse im Reichstag

In der Wandelhalle des Reichstages ereignete sich am Freitag nachmittag ein Zwischenfall. Ein Besucher, der sich später als Vertreter der bayerischen Kammer ausgab, gab plötzlich aus einem Revolver drei Schüsse ab, die niemand traf. Der staatsparteiliche Abgeordnete Dr. Kall, der zufällig in der Nähe des Schützen stand, hielt diesen, als er gerade auf Kall anlesen wollte, fest und führte ihn mit Hilfe mehrerer Reichstagsbeamter in das Hauptbüro. Es wurde sofort die Kriminalpolizei benachrichtigt, um den Schützen abzufangen. Nach dem ersten Eindruck scheint es sich um einen Geisteskranken zu handeln.

Wirth über den Bürgerkrieg

Berlin, 20. Febr. Reichsminister des Innern Dr. Wirth erklärte im Haushaltsausschuss des Reichstages: Es heißt in den deutschen Landen, der Bürgerkrieg stehe vor der Tür. Ein Bürgerkrieg steht nicht vor der Tür. Es wird hier und da wohl einzelne Preseelen geben, die vielleicht besitzmäßige Ausdehnung erlangen werden, doch werden diese mit polizeilichen Mitteln allein niederschlagen werden können. Die Reichsregierung, wie auch die preussische Staatsregierung wird nicht eine Minute zögern, das Notwendige zu tun. Im übrigen kann man der Meinung sein, daß ein gewisser Höhepunkt der radikalen Welle erreicht ist. Doch muß man sich vor Augen halten, daß auf eine Welle eine zweite folgen kann, und daß es nicht allzuwenig ist, bei der steigenden wirtschaftlichen Not die Bevölkerung aufzureizen und für politische Zwecke auszunutzen. Ueber die Absichten der Nationalsozialisten sind wir genau unterrichtet. In ihren Reihen sind diejenigen, welche uns die Mittelungen zusammen lassen, denn dort hält man nicht dicht. Es wird z. B. gesagt, ich hätte Thüringen besetzen lassen. Wie ist es aber gewesen? Die Nationalsozialisten haben sich selbst bei mir gemeldet mit Namen und Wohnungsangabe und haben sich bereit erklärt, gegen Beschlagnahme Mittelungen an mich zusammen zu lassen.

Wiederaufnahme des Kommunismus „Im Westen nichts Neues“?

Im Haushaltsausschuss des Reichstages haben die Kommunisten einen Antrag eingebracht, der die Aufhebung des Verbots des Kommunismus „Im Westen nichts Neues“ verlangt, oder falls dies abgelehnt wird, die Aufhebung an die Regierung auspricht, auf die Aufhebung des Verbots hinzuwirken. In parlamentarischen Kreisen geht man der Abstimmung über diesen Antrag, die am Samstag nach Beendigung der Debatte über den Etat des Innenministeriums erfolgen dürfte, mit Spannung entgegen, da bei dem Fehlen der Reichsopposition im Ausschuss die Möglichkeit besteht, daß sich für den kommunistischen Antrag eine aus Sozialdemokraten und Kommunisten bestehende Mehrheit findet.

Zwei Lawinen-Katastrophen

Gasthaus in Graubünden und Bauernhaus in Tirol verschüttet — 15 Tote

Disentis (Graubünden), 20. Februar. Im Nebelstertal hat sich Freitag morgen gegen halb 8 Uhr ein schweres Lawinenunglück ereignet. Durch eine große Lawine wurde der Gasthof zur „Post“ in Platta verschüttet. Das geräumige Haus wurde auf der West- und Nordseite eingedrückt. Es war bewohnt von dem betagten Ehepaar Wenzin und ihren beiden verheirateten Söhnen mit Kindern.

Das schwere Lawinenunglück, das am Freitag früh den Gasthof „Post“ in Platta heimlichete, hat sieben Menschen das Leben gekostet. Die ganze Familie Wenzin, Vater, Mutter und vier Kinder im Alter von 1—5 Jahren wurden getötet, ferner die über 60 Jahre alte Großmutter Wenzin. Die Leichen der beiden Frauen und der vier Kinder, die aneinandergedrückt im Keller aufgefunden wurden, konnten bis zum Mittag geborgen werden. Die Leiche des jungen Ehemannes Seraphim Wenzin wird noch unter den Trümmern des Gasthofes zur „Post“ gesucht. Der Großvater Wenzin, sowie die anderen vier Familienmitglieder — das Haus war von insgesamt zwölf Menschen bewohnt — konnten sich, da sie teils im Stall, teils im unteren Stockwerk beschäftigt waren, noch rechtzeitig ins Freie flüchten oder noch so zeitig geborgen werden, daß sie vor dem Tode des Erstbegrabens bewahrt wurden. Der Gasthof zur „Post“ stand an einer Stelle, die im Winter stets von Lawinen gefährdet ist. Die jetzt niedergegangene Lawine hat den oberhalb des Hauses befindlichen Lawinendreher wie ein Streichholz geknickt.

Nicht Tote

Innsbruck, 20. Februar. Eine fürchtbare Lawinenkatastrophe hat am Freitag den Ort Innervollgraten in Osttirol heimgesucht. Durch eine Lawine wurde das Haus des Bauern Joseph Mayer verschüttet. Alle im Hause lebenden Personen haben den Tod gefunden. Nach der ersten Meldung wurden der Bauer und seine sechs Kinder getötet, während die Frau des Bauern noch lebend geborgen werden konnte. Nach einer weiteren Meldung soll sich auch die Frau unter den Opfern befinden, so daß sämtliche Mitglieder der Familie ums Leben gekommen wären.

Nicht Tage ohne Nahrung in einer Alpenhütte

Innsbruck, 20. Februar. Wie den „Innsbrucker Nachrichten“ aus Reutte berichtet wird, unternahm ein gewisser

Das Reichsbahn-Expeditionsmonopol

Die Reichsbahn strebt eine Monopolisierung des deutschen Expeditionsbetriebes an. Sie will das alleinige Expeditionsrecht der Berliner Firma Schenker & Co. überlassen. Ein besonderes Licht wird schon auf diese Vertragsaktion geworfen, wenn man unwiderprochen liest, daß die Reichsbahn der Firma Schenker 27 Millionen Frachtpfennig zuzusetzen hat, also in der Lage ist, diese erheblichen Forderungen in die neue Gesellschaft einzubringen, was natürlich für die Mutterfirma eine ganz bedeutende Entlastung mit sich bringen kann. Tariflich muß die Reichsbahn selbst zugeben, daß ihr der Schenker-Vertrag zunächst 50 Millionen jährlich kosten wird. In Frachtkreisen wird diese Summe auf 150 Millionen geschätzt. Wie wird aber eine Gewähr dafür gegeben, daß dieser Zuschuß für die Verbilligung der Kollifahrt nicht durch Tarifierungen im Güterverkehr, also auf Kosten der Gesamtwirtschaft, ausgeglichen wird?

Der Deutsche Industrie- und Handelsstag zum Schenkervertrag der Reichsbahn

Der Verkehrsausschuss des Deutschen Industrie- und Handelsstages hat sich mit dem Schenkervertrag der Reichsbahn befaßt. In einer von dem Ausschuss angenommenen Entschließung zu dieser Frage wird verwiesen, daß der Verkehrsausschuss bereits im November 1930 eine Nationalisierung des Eisenbahnverkehrs als dringend geboten bezeichnet und Unterjudungen über die Neuaufstellung eingeleitet habe. Der Vertrag, den die Reichsbahn, ohne das Ersehen der Unterjudung abzuwarten, mit der Firma Schenker und Co. abgeschlossen habe, verstoße zwar eine Reihe von Verbesserungen, die von der gesamten Wirtschaft zu begrüßen seien, aber auf der anderen Seite in ausschlaggebenden Bestimmungen Anlaß zu sehr schweren Bedenken. Als solche werden genannt: Gefahr der Aufhebung des Verkehrs der übrigen Expeditoren, Preisgabe wichtiger Geschäftsbeziehungen und unangenehmer Kundenschonung, Ausschaltung des gesunden Wettbewerbs und schließlich Vernichtung langer und bewährter Geschäftsbeziehungen zwischen Verfrachtern und Expeditoren.

Karl Frankenstein aus Dresden am 9. Januar eine Skitour auf den Hahnenkamm bei Reutte, von der er nicht mehr zurückkehrte. Die Gendarmerie suchte vergeblich tagelang nach dem Vermissten. Am 15. Februar fand der Aufsuchsjäger in einem leeren Heustadel den völlig ermatteten, halberfrorenen Frankenstein, der sich verirrt hatte und in eine Staublawine geraten war, schließlich ermattet in die Hütte geflüchtet war, wo er fast acht Tage ohne Nahrung zubrachte.

Attentat auf König Zogu

Der Adjutant König Zogus getötet

Wien, 20. Februar. Nach der heutigen Vorstellung in der Staatsoper wurden vor dem Operngebäude von einem bisher unbekanntem Mann mehrere Revolvergeschosse abgegeben. Der Anschlag soll dem seit einigen Wochen in Wien weilenden König Zogu von Albanien gegolten haben, der der heutigen Vorstellung der Oper beiwohnte.

Ueber das Attentat vor dem Operngebäude wird nunmehr folgendes bekannt: Nach Schluß der Vorstellung gegen 10.30 Uhr verließ König Zogu mit Gefolge in Begleitung von vier Kriminalbeamten das Theater. Während der König mit einigen Herren seiner Begleitung vom Hauptportal aus wegfuhr, bestiegen sein persönlicher Adjutant, Major Pleh Topollaj, und ein zweiter Beamter ein Auto an einem Seitenausgang in der Operngasse. Raum saßen sie im Auto, als sich zwei elegant gekleidete junge Männer dem Auto näherten und auf die Insassen mehrere Revolvergeschosse abgaben. Der Adjutant fiel sofort tot in den Sitz zurück, während der zweite Beamte, obwohl auch schwer verletzt, einen Revolver ziehen und auf einen der Täter mehrere Schüsse abgeben konnte, ohne ihn jedoch zu treffen. Dieser Täter wurde vom Publikum sofort festgenommen und der Polizei übergeben. Der zweite Täter versuchte zu fliehen, wurde aber eingeholt und ebenfalls der Polizei übergeben.

Entgegen einer früheren Meldung ist festzustellen, daß König Zogu Zeuge des Attentates war, da er ebenfalls beim Seitenausgang des Operngebäudes das Auto bestiegen hat und nicht am Haupteingang. Er ging in das Operngebäude zurück und begab sich erst später in sein Hotel. Bislangler Schöder suchte noch spät abends den König im Hotel auf, um ihm das Bedauern der Regierung über die Tat auszusprechen.



Neues vom Tage

Kommunistisches Volksbegehren auf Auflösung des thüringischen Landtages

Weimar, 20. Febr. Die Kommunistische Partei Deutschlands richtete an das thüringische Staatsministerium einen Antrag auf Zulassung eines Volksbegehrens auf Auflösung des Landtages. Außerdem wird der Antrag gestellt, von der Beibringung der im § 2, Absatz 1 des Gesetzes über Volksbegehren geforderten Unterschriften von 1000 Stimmberechtigten abzusehen, da auf Grund der für die Kommunistische Partei bei den letzten Wahlen abgegebenen Stimmen im Lande Thüringen glaubhaft nachgewiesen sei, daß bestimmt 20 000 Stimmberechtigten den Antrag unterstützen.

München „Deutsches Theater“ stellt die Zahlungen ein

München, 20. Febr. Die Firma Hans Grub, Deutsches Theater in München und die Deutsches Theater G.m.b.H. haben ihre Zahlungen eingestellt. Die Hauptursachen der Krise sollen in großen Verlusten aus dem Sternberger Unternehmen, dem Kabarett Bonbonniere und in der Befallung mit Steuern und sozialen Lasten liegen. Den letzten Ausschlag aber gaben die katastrophal schlechten Einnahmen der eben zu Ende gegangenen Saison.

Waldkinderprozess in Polen

Posen, 20. Febr. Vor dem Posener Appellationsgerichtshof begann der sogenannte Waldkinderprozess gegen Führer der deutschen Jugend in Polen, Dr. Buchardt, Kieße und Preuß. Die Angeklagten, denen Hochverrat zur Last gelegt wird, sollen die militärische Ausbildung deutscher Jugend aus Polen in Deutschland betrieben haben. Dieses Vergehen wird darin erblickt, daß die Angeklagten verschiedenen Jugendlichen die Möglichkeit zur Teilnahme an einem Sportkurs verschafften. In der ersten Instanz wurden die Angeklagten nach einer Verhandlung hinter verschlossenen Türen zu Gefängnisstrafen verurteilt. Das Gericht beschloß trotz Widerspruch, die Öffentlichkeit auszuschließen.

Neuland am Südpol entdeckt

Solo, 20. Febr. Das Außenministerium erhielt ein drahtloses Telegramm des Kapitän Riser Larsen von der norwegischen Südpolexpedition, wonach Larsen vom Hauptlager aus ein neues Land am Südpol entdeckt habe. Das Neuland erstreckt sich von 70.30 Grad südlich und 24.15 Grad östlich bis zu 68.40 Grad südlich und 33.35 Grad östlich. Larsen hat die norwegische Flagge und zugleich ein Dokument über die Besitznahme im Namen des norwegischen Staates über dem Neulande abgeworfen. Mit Zustimmung des Königs hat das neuentdeckte Gebiet den Namen Prinzessin Ragnbild-Land erhalten.

Die württembergischen Postbeamten beantragen Klage beim Staatsgerichtshof

Stuttgart, 20. Febr. Die Württ. Vereinigung der oberen Postbeamten und Telegraphenbeamten hat gestern, wie die „Süddeutsche Zeitung“ berichtet, durch ihren ersten Vorsitzenden beim württembergischen Staatspräsidenten den Antrag gestellt, er möge als Vertreter der württembergischen Staatsregierung, die im Jahre 1929 den Staatsvertrag wegen Übergangs der ehemaligen württembergischen Post an das Reich mit dem Reich abgeschlossen hat, Klage vor dem Staatsgerichtshof wegen Nichterhaltung der in Paragraph 10 der Zusatzbestimmungen zu diesem Vertrag gemähten persönlichen Rechte der ehemaligen württembergischen Staatsbeamten einreichen.

Deutsches Luftfahrt-Museum

Stuttgart, 19. Febr. Das Reichsverkehrsministerium hat dem deutschen Luftfahrt-Museum das dem Reich gebührende bisher von der Deutschen Versuchsanstalt für Luftfahrt in Adlershof verwaltete Flugzeugmaterial überlassen. Dies ist sehr interessante und umfangreiche Sammlung, die a. a. 37 Flugzeuge, 106 Motore und zahlreiche Konstruktions-Einzelteile, auch sonstiges Gerätematerial aller Art enthält, bildet neben den Beständen des „Zeppelin-Museums“ in Friedrichshafen den Grundstoff für den Ausbau des Stuttgarter Museums. Das gesamte Adlershofer Material wurde in 24 Eisenbahnwagen zunächst nach Wöhringen verbracht, wo es in einer Halle gesichtet, geordnet und mit Unterstützung der Luftverkehrswirtschaft Württemberg AB. aufgestellt und bergelagert wird. Es wird wahrscheinlich schon im Frühjahr der öffentlichen Besichtigung zugänglich gemacht werden können. Das Zeppelinmuseum bleibt vorerst noch in Friedrichshafen.

Württembergischer Landtag

Aus der Rede des Finanzministers

Stuttgart, 20. Febr. Finanzminister Dr. Dehlinger führte u. a. weiter aus:

Ganz gewaltige Schwierigkeiten bleiben für die Rechnungsjahre 1931 und 1932 zu überwinden. Um ihrer Herr zu werden, mühten außerordentlich tief einschneidende Maßnahmen ergriffen werden. Es wurden gegenüber 1930 Gesamtausgaben von 22 Millionen herabgedrückt. Von den Abstrichen sind am meisten die Straßen- und Hochbaukosten betroffen worden. Die um etwa ein Drittel zu kürzen waren, während es bei allen übrigen sozialen und wirtschaftlichen Ausgaben nur mindestens ein Zehntel ausmacht. Beim Straßenbau ist man in den letzten 7 Jahren ein gutes Stück vorangekommen. Der Gesamtaufwand des Staates betrug in dieser Zeit 78,3 Millionen, darunter für Umbauten 28,5 Millionen, für Neubau und Verbesserung 8 Millionen für Unterhaltung 41,8 Millionen. So läßt es sich verantworten, daß für zwei Jahre eine Pause im bisherigen Tempo des Straßenbaus eintritt. Sehr schwer zu nehmen ist die Herabsetzung der Mittel für den sozialen Ausbau um 40 Prozent. Zur Bedeckung der Arbeitslosigkeit in Württemberg sehr viel, denn in den beiden Jahren 1931 und 1932 werden neben rund 3 Millionen Mark für die verstärkte Förderung der wertschaffenden Arbeitslosenfürsorge voraussichtlich über 25 Millionen Mark aufgebracht für die großen Bedrübten, die mit Hilfe des württ. Staates im Wandel sind.

Die unbedrückende Finanzlage mancher württembergischer Gemeinden hat ihren Grund nicht in der Steuer- und Lastenverteilung, als in den Zeitumständen mit ihrer Not, der jeder nicht überall rechtzeitig und mit vollem Ernst Rechnung getragen werden ist. Wohl das unmittlerbare Kapital ist die Gebäudemittelherkunft. Reichsangehörig ist der württ. Staat gewonnen, dem Wohnungsbau die Hälfte der ihm bisher zugewandten Gebäudemittelherkunftsmittel zu entziehen. Es besteht die Wahl, ob

diese Hälfte zur Senkung der Realsteuern oder zur Deckung des Abmangels im Staatshaushaltplan verwendet werden soll. Leider haben die Mittel aber zu einer weiteren Steuerentlastung nicht zur Verfügung und sie müssen deshalb zum Planausgleich verwendet werden. Das wichtigste Steuereinnahmetaxittel sind die Reichssteuerüberweisungen. Leider muß mitgeteilt werden, daß diese Überweisungen einen Ausfall von mindestens 2, möglicherweise bis 3 Millionen Mark gegenüber dem Vorschlag für 1930 aufweisen werden, wenn nicht ganz unerwartete Ereignisse eintreten. Die Vorschlagszahlen für 1931 dürften nach einer vorläufigen Mitteilung des Reichsfinanzministeriums schon wieder um mehr als eine halbe Million zu hoch gegriffen sein. Ein trübes Bild bieten die Fortschreibungen. Die übermäßige Holzexport- und der verringerte Inlandsverbrauch drücken auf die Waldrente. Der Einnahmehüberschuß ist seit 1928 von 13 Millionen auf 7,3 Millionen abgefallen und so trotz intensiver Bewirtschaftung ganz ungenügend. Das Nachsehen der Holzpreise ist hauptsächlich auf die russische Einfuhr zurückzuführen, der Abhilfe ist nicht ganz einfach, denn Rußland hat seine Holzlieferungen nötig, um seinen Verpflichtungen für Lieferungsanträge nachzukommen, die es nach Deutschland erteilt hat. Die Warenlieferungen aus Württemberg nach Rußland beschränkten sich bis Ende 1930 auf rund 31,5 Millionen Mark. Nachteilig wirkt auch der Rückgang im Holzverbrauch und die Vorliebe weiter Kreise für ausländisches Holz. Den Hauptvorteil aus der Holzexportförderung werden die Gemeinden haben. Erstaunlich ist, daß von der Preussisch-Süddeutschen Klassenlotterie ein um zwei Drittel erhöhter Uberschuß erwartet werden kann. Die Mittel der Reichsverwaltung sind erschöpft. Sie sind teilweise für Vorhülle, namentlich für Darlehen an die Reichsbahn, verwendet worden. Zur Rückzahlung dieser Vorhülle ist nun eine Anleihe erforderlich. Darüber schweben seit einiger Zeit Verhandlungen, die hoffentlich in absehbarer Zeit zu einem befriedigenden Ergebnis führen. Zum Schluß seiner Rede wies der Minister auf die sorgenvolle Entwicklung der Reichsfinanzen hin, wo sich der Fehlbetrag von Monat zu Monat vergrößert. Darin lauern für die Finanzen der Länder neue Gefahren und es kommen noch besondere Opfer für Württemberg hinzu. So muß es aus der Arbeitslosenversicherung 2 Millionen monatlich in Gunzen anderer Reichsteile abliefern. Die Landesversicherungsanstalt Württemberg hatte in den Jahren 1929 und 1930 durchschnittlich 10 Millionen für andere Anstalten des Reichs abzuzahlen. Besonders benachteiligt ist Württemberg bei Vergütung von Reichsanträgen. Es hat für 82 Millionen Mark zu wenig an den Reichsanträgen erhalten. Als Entschädigung für die Abtretung der Württ. Post bietet das Reich jährlich nur etwa 1,5 Millionen an während es aus der württ. Reichspost jährlich mindestens 12 Millionen Reinertrag herausholt. Schließlich hat Württemberg auch noch 16 Millionen an niederwertigen Darlehen an die Reichsbahn zu geben. All diese Opfer tragen dazu bei, zu einer zunehmenden Verarmung Württembergs zu führen. Die Zukunft unserer Staatswirtschaft liegt damit außerordentlich düster vor uns.

Eintrags-Wirtschaftsübernahme — Spielverbot am römischen Landesbanktag — Generaldebatte zum Etat

Stuttgart, 20. Febr. Am Freitag besaßte sich der Landtag zunächst in erster, zweiter und dritter Lesung mit dem Entwurf eines Gesetzes über Bürgerschaft des württembergischen Staates bei Ausnahmefällen. Nach dem Entwurf wird das Wirtschaftsministerium ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Finanzministerium der Geschäfte, die die Lieferung von Wasser aus Württemberg nach Rußland zum Gegenstand haben, namens des württembergischen Staates Ausfallbürgschaft zu übernehmen. Sofern das Reich eine Ausfallbürgschaft mindestens in gleicher Höhe übernimmt und die Elektrizität eine Vorhaltung in Höhe von 20 Prozent trägt. Die von der öffentlichen Hand übernommene Ausfallbürgschaft soll 70 Proz. des Kaufpreises nicht übersteigen.

Abg. Manthe (Dem.): Wir haben die Vorteile, die uns der Kapitalvertrag gab bisher nicht richtig ausgenutzt und haben uns von den Amerikanern übertreffen lassen. Der vorliegende Gesetzentwurf ist zu begrüßen.

Abg. Schmid (Rom.): Von diesem Gesetzentwurf waren wir überrascht. Wir freuen uns, daß dieser Entwurf besteht, daß Rußlands Wirtschaft doch nicht so schlecht ist, wie man immer lesen kann.

Abg. Körner (S.D.): Es ist zu befürchten, daß Rußland durch unsere Maschinen- und Werkzeuglieferungen zum Industriestaat wird und dann mit seinen Waren uns überflutet. Rußland kann billiger liefern, da dort Sklavenarbeit geleistet wird. Die Industrie sollte keine zu großen Hoffnungen auf Rußland setzen, sie wird nur enttäuscht werden.

Wirtschaftsminister Dr. Maier: Der vorliegende Entwurf bezieht sich nicht nur auf Produktionsmittel, sondern allgemein auf Waren. In der württembergischen Industrie spielen allerdings die Werkzeugmaschinen eine besondere Rolle.

Abg. Heymann (Soz.): Wir dürfen unserem Export nicht zu enge Grenzen setzen. Bei der Lage Rußlands ist nicht daran zu denken, daß die russische Industrie uns bald eine Konkurrenz werden könnte; sie kann ja noch lange nicht den russischen Inlandsbedarf decken.

Das Gesetz wird dann ohne besondere Abstimmung angenommen.

Zu dem Gesetzentwurf über Bürgerschaft des württembergischen Staates für Darlehen der Redar A.G. im Gesamtbetrag von 2 225 000 RM erklärt der neue Abg. Geiger (Soz.), daß die Regierung dafür sorgen solle, daß beim Redarkanalardarlehens nur einheimische Arbeiter beschäftigt werden.

Abg. Dr. Bruns (Dem.): Es ist nicht zu vermeiden, daß auch auswärtige Arbeiter von den Firmen beschäftigt werden.

Abg. Dr. Ströbel (S.D.): Bei der Abstimmung über diesen Entwurf wird der Bauernbund seine Stimme verweigern.

Abg. Dr. Wider (S.D.): Es ist zu bedauern, daß die Arbeiten auch an nicht-württembergische Firmen vergeben wurden.

Staatspräsident Dr. Holz: Bei der Vergütung der Arbeiten mußte auf die Höhe der Angebote Rücksicht genommen werden.

Das Gesetz wird in allen drei Lesungen angenommen. Zur Beratung kommt dann eine Eingabe des Vereins der Lichtspieltheaterbesitzer Württembergs betr. das Gesetz über die geschützten Tage und die allgemeinen (bürgerlichen) Feiertage und eine Gegeneingabe des Evang. Volksbundes.

Abg. Köhler (Rom.) beantragt, die Eingabe der Lichtspieltheaterbesitzer der Regierung zur Berücksichtigung zu übergeben.

Abg. Heymann (Soz.) beantragt, die Eingabe des Vereins der Lichtspieltheaterbesitzer dem Staatsministerium in dem Sinne zur Erwägung zu übergeben, daß geprüft wird, ob sich durch Verhandlungen mit den Betreibern eine Verständigung über den Inhalt der Darbietungen am evangelischen Landesbanktag erzielen läßt.

Abg. Job Hölzer (Dem.): Die Mehrheit meiner Fraktion wird dem Antrag des Abg. Heymann zustimmen.

Abg. Rath (S.D.): Wir halten an den Bestimmungen des Gesetzes fest, das erst seit kurzer Zeit in Geltung ist.

Abg. Dr. Hölzer (S.D.): An einem Banktag muß festgehalten werden.

Abg. Kling (Chr.B.): In den Ländern, in denen die Kinos am Landesbanktag spielen dürfen, hat sich gezeigt, daß die sog. ersten Stände dem überwiegenden Teil der evangelischen und katholischen Bevölkerung nicht als erst angesehen werden können. Regierung und Landtag müssen am letztjährigen Beschluß festhalten. Das hat mit Vollzeitschicht nichts zu tun.

Abg. Mergenthaler (K.S.): Die Erfahrungen in Baden mit den Kinosünden am Banktag waren sehr übel. Der Wunsch des Evang. Volksbundes muß Rechnung getragen werden.

Bei der Abstimmung werden die kommunalpolitischen und sozialdemokratischen Anträge abgelehnt. Es bleibt also bei den bisherigen Bestimmungen am Landesbanktag.

Im Anschluß hieran wurde dann die Gen. den Etat begonnen. Zunächst sprach der Abg. die Aufstellung des Etats auf zwei Jahre demängelt, und die Frage aufwarf, ob am richtigen Platz gemacht werde. Die vom Finanzminister vorgelegten Etats seien freier in der Absicht, die sozialen und kulturellen Aufgaben zu decken sowie den Gemeinden den Protokoll höher zu hängen. Ersparnisse könne man sich der Gefondschicht in München. Zu hoch sei die Zahl der akademischen Beamten und der Offiziere. Man vermisse, daß die württembergische Regierung noch gar nichts getan habe, um auf die Kartelle und Syndikate im Sinne einer Preisabsetzung einzuwirken. Die Mittel für die Wohnungskreditanstalt dürfe man nicht kürzen. Viel milder seien die Gerichtsanteile gegen die Nationalsozialisten als gegen die Linkstreife. Stiefmütterlich behandelt würden die Volksschulen. Den Geistlichen, die zu den religiösen Sozialisten gehören, dürften keine Schwierigkeiten gemacht werden. Die Stellungnahme der Regierung zur Oberamtsaufstellung sei kläglich. Mit solchem Plakat setze niemand einverstanden. Der Redner bespöttelte den Jmü und die Verschönerung zwischen Zentrum und Deutschnationalen und polemisierte zum Schluß gegen die Nationalsozialisten. Er betonte, daß die Sozialdemokratie den Kampf gegen den Faschismus mit aller Energie weiterzuführen werde.

Der Abg. Klein (S.D.) bezeugte die Lage der Landwirtschaft als trübselig und die Einnahme ausländischer Lebensmittel als ein Unrecht. Erschreckend sei die Zunahme der Personallasten des Staates. Den Redaktionsrat werde seine Partei ablehnen. Die Frage des Neubaus der Technischen Hochschule könne man auf einige Jahrzehnte ruhen lassen. Durch Zölle auf ausländisches Holz sollte man den deutschen Wald besser schützen. Bei der Durchführung des achten Schuljahres müsse schonend vorgegangen werden. Der Zuschuß für das Landesbühnen sei noch viel zu hoch. Die Zusammenarbeit der verschiedenen Parteien der Regierung habe sich bewährt. Die Landwirtschaft bedürfe dringend des Schutzes, denn wo eine blühende Landwirtschaft sei, da gebe es auch Volkswohlstand. — Samstag Fortsetzung der Beratung.

Aus Stadt und Land

Altensteig, den 21. Februar 1931.

Haben Sie eine Vorstellung, wieviel Deutschland täglich einführt? Der Deutsche Landwirtschaftsrat hat diese Zahlen einmal zusammengestellt. Deutschland bezog 1929 durchschnittlich aus dem Ausland t ä g l i c h für 378 000 RM. Getreide, 184 000 RM. Äpfel und Birnen, 230 000 RM. Orangen, 132 000 RM. Bananen, 1 550 000 RM. Milch, Butter und Käse, 1 220 000 RM. Weizen, 770 000 RM. Eier, 324 000 RM. franz. Parfümerien, 150 000 RM. Südwine, 265 000 RM. Kunstseide, 160 000 RM. amerik. Kraftfahrzeuge, 82 000 RM. engl. und französische Kleider, Hüte usw., 90 000 RM. Glaswaren u. v. a. m. Ist das nicht ungeheuerlich viel, besonders wenn man bedenkt, daß wir in Deutschland selbst eine so große Arbeitslosigkeit haben?

Eintragung der Aufwertung im Grundbuch. Von zünftigster Seite wird mitgeteilt: Die Frist für Anträge auf Eintragung der Aufwertung von Hypotheken, Grundschulden, Rentenschulden und Reallasten geht ihrem Ende zu. Wird der Antrag nicht spätestens bis 31. März 1931 beim zuständigen Grundbuchamt gestellt, so erlischt das Recht und der Eintrag hierüber wird ohne weiteres im Grundbuch gelöscht. Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschulddriefe sind rechtzeitig auf neue Reichswährung umzuschreiben. Andernfalls treten sie kraft Gesetzes von selbst außer Wirkung.

Weitere Abgeordnete zum Landesbanktag. In zwei weiteren Besitzen wurde nur ein Wahlvorschlagn zum Landesbanktag eingereicht, so daß die hier benannten Kandidaten als gewählt zu betrachten sind: Herrenberg; Bezirksnotar Hölzer (Herrenberg), Rüngelsau; Oberst Freilinger Otto von Eyb (Dörzbach).

Glatten, 20. Februar. (Schülerabend der Landwirtschaftsschule Horb.) Unter zahlreicher Beteiligung von nah und fern hielt die Landwirtschaftsschule Horb ihren dritten diesjährigen Schülerabend im Gasthof „Schwane“ ab. Schülervorsitzender Döllner eröffnete mit etwas Verspätung den Abend, begrüßte die erschienenen Gäste, insbesondere Herrn Schulvorstand Wolf, Herrn Dr. Fäßbender-Horb, den Vorstand des Landwirtschaftl. Bezirksvereins Bürgermeister Braun-Schöpfloch, Rechnungsrat Steeb, Oberamtspfleger Holzäpfel-Freudenstadt, Bürgermeister Korn-Glatten und die Bürgermeister aus der nächsten Umgebung. In kurzen Worten ging Herr Döllner auf den Sinn der Schülerabende ein, die Schule wolle nicht nur theoretische, sondern auch praktische Ausbildung den Schülern geben, dafür bitte er um Unterstützung aus allen Kreisen des Bauernstandes. Im weiteren Verlauf des Abends, der von Vorträgen umrahmt war, gab Oberamtspfleger Holzäpfel seiner Freude über den guten Besuch, hauptsächlich der Jugend, Ausdruck. Rechnungsrat Steeb dankte im Namen der Amtskörperschaft und des Oberamts für die Einladung. Nach weiteren Aufmunterungs- und Dankesworten, gesprochen von Bürgermeister Korn-Glatten und Schulvorstand Wolf-Horb, folgte nach einem Klavierstück die Schlussansprache des Vorsitzenden Bernhard



Dötter, der den zahlreich Erschienenen für das große Interesse dankte.

Baiersbrunn, 19. Februar. Der Gemeinderat beschloß in seiner letzten Sitzung, die Ministerialabteilung für die höheren Schulen darauf aufmerksam zu machen, daß es als kultureller Rückschritt angesehen werden müßte, wenn die Realschule in Baiersbrunn, die sich seit ihrem Bestehen aus allen Kreisen der Bevölkerung eines guten Besuchs zu erfreuen hat, aufgehoben würde.

Calw, 20. Februar. An die neu erstellte Staatsstrafenstraße bei Stammheim in der Richtung nach Dudenpflanzung soll sich eine weitere Verbesserung der Straßenkreuzung Calw-Althengstett-Stammheim anschließen. Der dort befindliche Eisenbahndurchschlag erfordert dringend eine größere Uebersichtlichkeit in den Straßenverhältnissen. Die Straßenführungen sind bereits abgegrenzt. Der Bezirksrat hat deshalb mit Uebernahme der Straßenstraße Althengstett-Simmohheim in die Staatsverwaltung einen teilweisen Neubau der Straße Calw-Althengstett bei der Ministerialabteilung für Straßen- und Wasserbau beantragt. — Nachdem der erste Bauteil der Kleinenstraße fertiggestellt ist, werden den an diesem Bauteil beteiligten Gemeinden Baukostenbeiträge bewilligt und zwar an Aigenbach 100 Mark und an Würzbach 500 Mark.

Calw, 20. Februar. Zur Landeskirchenwahl sind zwei Vorschläge eingegangen. Gruppe 1 schlägt als Wahlbewerber Stadtpfarrer Fr. Römer-Stuttgart, als Ersatzmänner Stadtpfarrer Müller in Javelstein und Stadtpfarrer Schilling in Liebenzell vor. Für Gruppe 2 ist Wahlbewerber Pfarrer Schimpf-Althengstett; Ersatzmänner sind Stadtpfarrer Sandberger-Neckingen (früher in Liebenzell) und Pfarrer Gundert in Unterreichenbach. Der Bezirk war jedoch von einem Mitglied der Gruppe 1 vertreten. Vor Aufstellung der Wahlvorschläge waren Bestrebungen im Gange zur Aufstellung nur eines Wahlvorschlags. Als gemeinsamer Kandidat war ein allgemein hochgeschätzter Geistlicher des Bezirks in Aussicht genommen. Eine Einigung kam aber nicht zustande und so stehen wieder wie bei früheren Wahlen die beiden Gruppen einander gegenüber. Es ist anzunehmen, daß die Wahl in brüderlichem Geist verlaufen wird. Wie man hört, werden die beiden Wahlbewerber in den größeren Gemeinden ihre Stellung zu den wichtigsten Kirchenfragen näher begründen.

Feldbrennack, 20. Februar. Gestern nachmittag verunglückte sich am Ortschaftsplatz von Pfingweiler einige Kinder mit Schlittensfahrten. Als das Auto der Brauerei Bedd, Pfingheim, sich dem Ortschaftsplatz näherte, sprang ein sechsähriges Mädchen von Pfingweiler kurz vor dem Auto noch über die Straße, konnte dieselbe aber nicht mehr ganz überqueren. Es wurde vom Koffel des Lastwagens erfaßt und zu Boden geschleudert. Wie durch ein Wunder, nicht zulezt dank der Geistesgegenwart des Wagenführers, der sofort bremste und auf die Seite fuhr, ist das Kind mit heiler Haut davongekommen. Der sofort herbeigerufene Arzt konnte lediglich eine leichte Schürfwunde feststellen.

Stuttgart, 20. Febr. (Vom Rathaus.) Im Gemeinderat wurden für Erweiterungsarbeiten am Mineralbad Berger Einzel 55 000 RM. genehmigt. Zugelassen wurde dann einem Kaufvertrag, nach dem dem Bau- und Heimstättenverein Stuttgart (S. m. b. H.) 240 Ar Gelände am Schönblid zum Preise von 12 RM pro Quadratmeter überlassen werden. Die Zahl der unbesetzten Mitglieder des Gemeinderats wurde fast einstimmig auf 60 festgelegt.

Ein Sparerlaß. Oberbürgermeister Dr. Laudenbacher hat einen Sparerlaß herausgegeben, in dem bestimmt wird, daß für das laufende Wirtschaftsjahr 1930 alle Haushaltungen insoweit als gekürzt gelten, als sie nicht zur Abwicklung und Aufrechterhaltung des laufenden Dienstes unbedingt erforderlich sind. Anschaffungen und noch nicht begonnene Bauten jeder Art, auch wenn sie im ordentlichen Haushalt finanziert sind, sind zurückzustellen.

Todesfall. Generalleutnant Karl von Frech ist im 77. Lebensjahre gestorben. Er war 1854 in Schwellingen geboren, 1872 trat er in das Württ. Feldartillerieregiment 13 in Ludwigsburg ein. Seine Frontlaufbahn als Leutnant, Batteriechef, Abteilungscommandeur wechselte wiederholt zwischen dem Feldartillerieregiment 13 und dem Feldartillerieregiment 29. Nach zweijähriger Verwendung als Kommandeur der 26. Feldartilleriebrigade in Ludwigsburg trat von Frech 1911 als Generalmajor in den Ruhestand. Im Weltkrieg war von Frech an der Spitze der gemischten Landwehrinfanteriebrigade.

Wegenweller O. A. Riedlingen, 20. Febr. (Schlittenunfall.) Ein einem Schlitten vorgespanntes Pferd des Landwirts Rohn vom Seelenhof scheute und ging durch. Der Schlitten kippte um, Wagner Malchel von Ranzach erlitt schwere Kopfverletzungen, die übrigen Mitfahrenden kamen mit dem Schrecken davon.

Ulm, 20. Febr. (Vier Schweine gestohlen.) In der Nacht auf Mittwoch wurden einem Bauern in Steinheim (Bayern) aus seinem Schweinestall beim Wohnhaus vier Schweine gestohlen. Die Schweine wurden nachts aus dem Stall geholt und etwas abseits abgestochen und im Auto weggeführt. Die Autorichtung soll nach Ulm gehen.

Ulm, 20. Febr. (Der Regimentstambour.) Der frühere langjährige Regimentstambour im Grenadierregiment König Karl (5. württ.) Nr. 123, Oberpostkassierer a. D. Gustav Hoffmann, feiert am 21. Februar seinen 80. Geburtstag. Seit 1877 hat er bei allen Festscheitungen in Ulm als Festscheitambour mitgewirkt.

Friedrichshafen, 20. Febr. (Dr. Edener reist nach Amerika.) Dr. Edener begibt sich am Montag nach Berlin und von dort am Mittwoch mit dem Lloyddampfer „Europa“ in Luftschiffangelegenheiten nach den Vereinigten Staaten.

Aus Baden

Burgberg bei Bellingen, 19. Februar. (Eine Oelmühle niedergebrannt.) Gestern vormittag brach in der am Glasbach bei Unterfirnach gelegenen Oelmühle der Witwe Hettich Feuer aus, das in kurzer Zeit das gesamte Anwesen in Asche legte. Der Jahresschaden beträgt 8000 Mark, der Gebäudeschaden 2500 Mark. Die Mühle lag seit mehreren Jahren still, während eine eingebaute Werkstattdagegen in Betrieb war. In dieser ist der Brand, wahrscheinlich infolge Ueberhitzung des Ofens, ausgebrochen. Die Brandgeschädigte erleidet erheblichen Schaden, da sie nur niedrig versichert war.

Kaumünzsch, 19. Februar. (Unfall.) Die Nichtbeachtung der Verkehrsvorschriften ist bei Kaumünzsch einem Landwirt und einem Autobesitzer zum Verhängnis geworden. Ersterer trieb seine Ochsen auf der linken Seite auf der rechten Straßenseite. Der Kaufmann Rosenfelder aus Schwellingen mußte gerade bei den Ochsen einem entgegenkommenden Wagen ausweichen und geriet dabei mit einem Baum am Straßenrand in Kollision. Der Wagen wurde beschädigt und dürfte einen Aufwand von 300 Mark zur Wiederinstandsetzung erfordern. Den Ochsen hat es nichts gemacht; der Landwirt dürfte aber durch einen Strafbescheid bestraft werden, daß die „Bieher“ sich auch nach der Verkehrs Vorschrift richten müssen.

Gutach, 19. Februar. (Von der Jagd.) „Ja, lustig ist die Jagd“: so konnte ein hiesiger Jägermann sagen, der auf der Suche nach Wild in der Nähe vom Farnenlopf ein Borkentier im Gewicht von etwa 60 Pfund traf, das vollständig eingeschneit war. Was macht man nicht als lustiger Jägermann, um eine gute Beute mit nach Hause zu bringen: das Tier wird angeleitet und so geht es in bester Stimmung heimwärts, sich der Beute freuend. Wahrscheinlich hat sich das Tier von irgendwoher verlaufen und konnte infolge des Schnees nicht mehr weiter.

Reichsbannerführer Göring in Stuttgart

Kundgebung der Reichsbannerführer und Republikaner — Göring gegen die Nationalsozialisten

Stuttgart, 19. Febr. Eine große republikanische Kundgebung für Friede, Republik und Demokratie veranstalteten im Schauspielhaus der Stadt Stuttgart die Reichsbannerführer und Republikaner. Der Reichsbannerführer Göring sprach über die Nationalsozialisten und erklärte in einer kurzen Rede, daß der Krieg das größte Unheil sei, das den Völkern zutreffen könne. Nur der Friede und nicht ein neuer Krieg könne die Wunden des letzten Krieges heilen. Er schloß mit dem Ruf: Es lebe der Friede, nie wieder Krieg, es lebe die Republik. Stürmisch begrüßt nahm dann der Bundespräsident des Reichsbanners, Hesse, das Wort. Er wandte sich in seinen Ausführungen besonders gegen die Nationalsozialisten und die Kommunisten und erklärte, daß diese beiden Parteien das deutsche Volk an den Abgrund führen. Wir dürfen die innerpolitische Gefahr nicht übersehen, aber das Ausland soll sie auch nicht übersehen. Der Antisemitismus der Nationalsozialisten, der sogar die Toten des Weltkrieges beleidigt — im Kriege sind auf deutscher Seite 12 000 Juden gefallen und 120 000 Juden wurden verwundet — ist teuflisch. Mit besonderem Nachdruck gab Hesse folgende Erklärung ab: Das Reichsbanner wünscht den Bürgerkrieg nicht, sondern lehnt ihn mit aller Deutlichkeit ab. Wir wollen den Kampf der Götter. Wir stehen zwar gerüstet, aber wir sind deulisch. Auch am 22. Februar werden wir den Bürgerkrieg nicht entfehlen. Wir werden unsere Marschbereitschaft festhalten, um verschiedenen Leuten den Abend zu tun, der auf ihrem Gewissen lastet, zu nehmen. Wir werden nicht passiv sein. Wenn aber die Nationalsozialisten oder Kommunisten den Bürgerkrieg selbst entfehlen sollten, dann sei ihnen gesagt: Wir werden ihnen entgegenzutreten, nicht mit einem Kolben oder Revolver, sondern mit der Waffe in der Hand und wir werden sie schlagen. Zum Schluß seiner Ausführungen wandte sich Göring gegen die Behauptung, daß das deutsche Volk am Kriege schuldig sei. Kein Volk der Erde hat die Schuld am Kriege, diese lastet allein auf den Kabinetten.

Nach Hesse sprachen dann noch Vertreter der Reichsbannerführer aus Österreich, Polen und anderen Ländern. Die Versammlung verlief ohne Störung nur ein Zwischenfall, der bei der Rede des Franzosen Viktor „Piat“ geru in hatte, wurde von Reichsbannermitgliedern unter dem Beifall der Versammlung sofort aus dem Saal entfernt.

Die Nationalsozialisten hatten zu einer Protestkundgebung auf dem Schillerplatz anberaumt, die sehr gut besucht war. Es sprachen Gauleiter Murr, MDR und Landtagsabgeordneter Wenzel. Beide wandten sich in ihren Ausführungen gegen die ungebührliche Bürgerkriegsbewegung des Reichsbanners. Nach Ende der Versammlung in der Lieberhalle kam es noch zu Zusammenstößen zwischen Reichsbanner und Nationalsozialisten. Dabei rief die Polizei ein und räumte die anliegenden Straßen.

Kleine Nachrichten aus aller Welt

Freitag war keine Kabinettsitzung. Die für Freitag geplante Kabinettsitzung, in der die Erörterung der Agrarfragen fortgesetzt werden sollte, wurde wegen einer Unpäßlichkeit des Kanzlers nicht abgehalten.

Der neue deutsche Gesandte in Washington. Nachdem die Geandtschaft in Kabul nahezu zwei Jahre unbesetzt war, wird Deutschland sehr einen neuen Vertreter nach Afghanistan senden. Zum Gesandten wird der bisherige Konsul in Beirut, Schwörbel, ernannt werden.

Statistiken der Influenza-Todesfälle in England. Das Jahr 1931 hat bisher in den Großstädten Englands und Wales 1585 Influenza-Todesfälle erfordert, gegen 124 im gleichen Zeitraum des letzten Jahres.

Stellung der Hütte Ruhrort-Weidrich unverändert. In einer in Düsseldorf abgehaltenen Besprechung zwischen dem Arbeitgeberverband Nordwest und den Gewerkschaften erklärten sich die Freien, Christlichen und Kirchlichen Gewerkschaften gegen eine ankerstarke Vereinbarung auf der Grundlage des Vorjahres der Vereinigten Stahlwerke zur Fortführung der Hütte Ruhrort-Weidrich, obwohl der Ungezogene Lohnabau und Vermittlungs-vorschlag von Dr. Jarres Annahme gefunden hatte.

Rundfunk

Sonntag, 22. Febr.: 11 Uhr Evangelische Morgenfeier, 12 Uhr Etschische Komponistenstunde, 13 Uhr Kleines Kapitel der Zeit, 13.15 Uhr Schallplatten, 13.30 Uhr Volkslieder, 14.30 Uhr Vortrag; Dienst am Kunden, 15 Uhr Stunde der Jugend, 16 Uhr Tonhäuser auf Schallplatten, 19.30 Uhr Österreichische Lieder, 19 Uhr Sportbericht, 19.15 Uhr Moderne internationale Klaviermusik, 20 Uhr Abendmusik, 21 Uhr Reich's Tod, 22.40 Uhr Nachrichten, Sportbericht.

Montag, 23. Febr. 6.15 Uhr Morgensmusik, von 10 bis 13.30 Uhr Schallplatten, Nachrichten, Wetter, 16 Uhr Blumenstunde, 16.30 Uhr Konzert, 17 Uhr Gesangsabende, 17.15 Uhr Konzert, 18 Uhr Zeit, Wetter, Landwirtschaft, 18.15 Uhr Vortrag: Der französische Federkrampf, 18.45 Uhr Stunde der Arbeit, 19.10 Uhr Zeit, 19.15 Uhr Englischer Sprachunterricht, 19.30 Uhr Stunde der Kammermusik, 21.15 Uhr Rundfunk-Gedichte, 21.45 Uhr Konzert, 22.30 Uhr Nachrichten, Wetter, 22.50 Uhr Tanzunterricht, 23.20 Uhr Tonmusik.

Spiel und Sport

Schneeberichte vom Freitag

Freudenstadt: Schneehöhe 70 Zentimeter, Pulver. 2 Grad Kälte. Skibahn sehr gut. Kniebis: Schneehöhe 150 Zentimeter, 3 Grad Kälte. Skibahn sehr gut.

Legte Nachrichten

Unbeerdigte Tote bei Verdun

Grauerregende Zustände auf französischen Schlachtfeldern Paris, 20. Februar. Ein Mitarbeiter eines Pariser Abendblattes hatte kürzlich die grauerregenden Zustände geschildert, die auf den Schlachtfeldern von Verdun herrschen. Daraufhin begab sich am Mittwoch der Pensionsminister Champetier de Ribes, der seinerzeit in den Kämpfen um Verdun als Leutnant schwer verwundet wurde, in Begleitung des Journalisten auf die Schlachtfelder und stellte fest, daß in einem einzigen Depot noch 12 500 Leichname, darunter 9800 bereits seit sechs Jahren in ungehobelten Särgen auf die Beerdigung warten. Der Minister, der sein Eintreffen vorher nicht angekündigt hatte, ließ sich von den Wächtern berichten, daß insbesondere nach längeren Regenperioden auf den Schlachtfeldern immer noch Leichen und Leichenteile zum Vorschein kommen. In der Leichenhalle des Forts Douaumont warten noch 1400 Leichen auf die Beerdigung.

Leichte Grippeerkrankung des Reichskanzlers

Berlin, 21. Februar. Bei der Unpäßlichkeit Dr. Brüning handelt es sich, der „D.A.Z.“ zufolge, um einen Grippeanfall. Der Reichskanzler hat bisher verschiedene derartige Anfälle überwunden, ohne seine Arbeit unterbrochen zu haben. Er mußte am Freitag auf Rat seines Arztes das Bett hüten, rechnet aber mit rascher Wiederherstellung.

Tschechisches Flugzeug über der bayerischen Ostmark

Berlin, 21. Februar. Wie die „Germania“ berichtet, erschien am Donnerstag nachmittag gegen 15 Uhr über der 5 Kilometer von der bayerisch-tschechischen Grenze entfernten Stadt Selb ein Doppeldecker mit dem tschechoslowakischen Hoheitsabzeichen. Er flog so niedrig und zog in aufsteigender langamer Fahrt vier Schleifen über der Stadt. Bis jetzt konnte noch nicht festgestellt werden, ob es sich um ein Privat- oder ein Militärflugzeug handelt und ob der Flieger absichtlich oder versehentlich die Grenze überschritten hat.

Gescheiterte Verhandlungen um Wiedergulassung des Remarque-Films

Berlin, 20. Februar. Unter dem Vorsitz des Reichstagspräsidenten Löbe verhandelten heute abend die Vertreter der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion mit den Fraktionen der bürgerlichen Mittelparteien über die Ermöglichung der Wiedergulassung des Remarque-Films. In dieser Besprechung vertraten die Vertreter des Zentrums die Auffassung, daß aus Gründen der Staatsautorität die Aufhebung des Zensurbotes nicht zu empfehlen sei. Man trat der Auffassung Dr. Wirths bei, der diesen Film im Interesse der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung verboten hatte. Auch die übrigen bürgerlichen Parteien unterstützten diese Auffassung. Die Besprechung hatte Reichstagspräsident Löbe auf Veranlassung der Herstellerfirma des Films einberufen.

Orkan an der südlawischen Adria

Budapest, 20. Februar. An der adriatischen Küste Südlawens tobt ein orkanartiger Sturm, dessen Geschwindigkeit 80 Stundenkilometer erreicht. Die Schiffe laufen mit großer Verspätung ein, und die kleinen Fahrzeuge können die dalmatinischen Häfen nicht verlassen. Der Dampfer „Hroavista“ lief auf eine Sandbank auf, konnte aber wieder flott gemacht werden. Im Hafen von Zara kenterte ein Fischerboot, wobei zwei Fischer ertranken.

Gestorben

Unterjettlingen: Karoline Bräunle geb. Braun. Calw: Marie Kurz geb. Weinschenk, 63 J. a. — Friedrich Hopf, Bahnhofsarbeiter a. D., 88 Jahre alt. Freudenstadt: Sofie Himpeter. Unterjettlingen: Jakob Seeger, Bauer und Fruchtändler, 71 1/2 J. a. Baiersbrunn: Regina Brezing geb. Böhringer, 74 J. a. Combach: Gotthilf Haas, 16 J. a.

Wahrscheinliches Wetter für Sonntag und Montag

Schwacher Tiefdruck liegt noch über Mitteleuropa. Hochdruck im Nordosten, eine starke Depression bei Island. Für Sonntag und Montag ist unter diesen Umständen mehrfach bedecktes und unbeständiges Wetter zu erwarten.

Druck und Verlag der W. Kieker'schen Buchdruckerei, Altensteig. Für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig Paul.

Aufruf!

Nach in Württemberg hat die Arbeitslosigkeit in diesem Winter stark überhand genommen und die Not weite Kreise gezogen. Die Zahl der arbeitslosen Arbeiter ist dauernd im Wachsen begriffen. Staat und Gemeinden tun, was sie können, um sich der Bedürfnisse anzunehmen. Aber ihre Kräfte und Mittel reichen nicht aus, um alle Not, besonders auch die geistliche Not zu erfassen. Die Organisationen der freien Wohlfahrtsvereine sind bekräftigt, die öffentliche Fürsorge weitgehend zu unterstützen und haben schon eine Reihe von Hilfsmahnahmen eingeleitet. Doch sind ihre Mittel beschränkt oder schon angebraucht. Das Ende der wirtschaftlichen Krise und der gesteigerten Arbeitslosigkeit ist noch nicht abzusehen. Das weitere drohende Elend kann nur überwunden werden, wenn alle Kreise des Volkes zusammenstehen und die Not gemeinsam tragen. Wer noch Arbeit und Verdienst hat, ist verpflichtet, dem Volksgenossen beizustehen, der ohne Erwerb auf Hilfe angewiesen ist.

Ansichts des Grades der Lage richten die Verbände der freien Wohlfahrtsvereine mit Unterstützung der württembergischen Regierung an die Bevölkerung die dringende Aufforderung, doch der materiellen und geistlichen Bedrängnis der Notleidenden sich kräftig anzunehmen, sei es in unmittelbarer persönlicher Hilfe von Mensch zu Mensch, sei es durch ein- oder mehrmalige Beiträge an die anerkannten Verbände und Vereine der freien Wohlfahrtsvereine, entweder durch Geldspenden oder durch Abgabe von Kleidern, Wäsche und Lebensmitteln. Die Leitung der Sammlung im ganzen Land ist der Zentralleitung für Wohltätigkeit in Württemberg und in den einzelnen Bezirken den Bezirkswohltätigkeitsvereinen übertragen. Die eingehenden Gelder und Naturalien sollen der Unterstützung von in besonderer Not befindlichen Volksgenossen, aber auch zur Förderung der von den Organisationen der freien Wohlfahrtsvereine selbst oder in Verbindung mit der öffentlichen Fürsorge schon eingeleiteten oder noch einzuleitenden Hilfsmahnahmen, wie öffentliche Speisungen, Wärmestuben, Tagelöhne für jugendliche Arbeiter, Bettenhilfe für kinderreiche Familien, Wäsche- und Kleiderabgaben, verwendet werden.

Wir sind der festen Zuversicht, daß die schon so oft bewährte Hilfsbereitschaft des württembergischen Volkes auch in dieser schweren Notzeit nicht versagen wird.

Zentralleitung für Wohltätigkeit in Württemberg.

Württl. Landesverein vom roten Kreuz — Landesverband der Inneren Mission — Caritasverband für Württemberg — Württl. Landesverband für Israelitische Wohlfahrtsverbände — Arbeiterwohlfahrt Württemberg. Diefem Aufruf schließt sich an die württembergische Regierung.

Reichsbund O. Agrargruppe Altensteig und Umgebung

der Kriegsbefähigten, ehem. Kriegsteilnehmer u. Kriegserhinterblieb. Am Sonntag, den 22. Februar, nachmittags 2 Uhr findet bei Mitglied Albert Luz hier die jährliche

Hauptversammlung

statt. (Ausgabe der Brennholzzeitel, evtl. gemeinsame Befahrt.) Pöhljähriges Erscheinen der Mitglieder ist unbedingt notwendig. Der Vorstand.

Konsum- und Sparverein Nagold und Umgegend e. G. m. b. H.

Am Sonntag, den 1. März, nachmittags 2 Uhr findet im „Traubensaal“ in Nagold die ordentliche

Generalversammlung

statt. Tagesordnung:

1. Geschäfts- und Revisionsbericht.
2. Genehmigung der Bilanz und Beschlußfassung über die Verteilung des Reingewinns.
3. Entlastung des Vorstandes.
4. Wahlen.
5. Verschiedenes.

Anschließend Vortrag von Herrn Verbandsreferent Ficker-Stuttgart.

Anträge an die Generalversammlung sind spätestens bis Donnerstag, den 26. Februar schriftlich bei dem Unterzeichneten einzureichen. Zahlreiches Erscheinen der Mitglieder, insbesondere der Hausfrauen, wird erwünscht.

Der Aufsichtsrat:
A. A. Schorpp.

Illustrierte Zeitungen Tageszeitungen Zeitschriften

sind stets neu auf Lager in der
W. Rieker'schen Buchhandlung, Altensteig

Gegen Rote der Hände

und des Gesichtes sowie unedle Hautfarbe verwendet man am besten die käufliche Creme Leodor, die gleichzeitig eine vorzügliche Unterlage für Puder ist. — Die Rötende und heilende Wirkung tritt besonders in Erscheinung, wenn Hände und Gesicht durch Einwirkung der Kälte hart gerötet sind. Auch bei heißer und aufgewärmter Haut leistet die Creme, insbesondere aber bei dem so häufigen Juckreiz der Haut, vorzügliche Dienste. In allen diesen Fällen trägt man sie in dünner Schicht auf und wuschelt dies mehrmals täglich, abends in stärkerer Schicht. — Für Herren genügt eine Menge von der Creme auf die Haut gestrichen zur Erhaltung der Schamhaftigkeit der Hinterseite. — Preis der Tube 99 Pf., und 1 Mark. Wirksam unterstützt durch Leodor-Öl-Seife, 99 Pf. — In allen Apotheken-Verkaufsstellen zu haben.

Jetzt oder nie - kaufen sie richtig!

Zweifamilien-Wohnhaus

8 x 14,50 m, mit Dachgeschoßausbau

Standort Nähe Stuttgart

mit 2 Wohnungen à Wohnfläche, 2 Zimmer, Küche, Toilette und Bodenkammer.

RM. 2.950.— baufrei Nähe Stuttgart (Neupreis RM. 12.500.—)

Bauführer Fritz Erauer
Stuttgart, Villastr. 10.

Zur Ablösung teurer Bankkredite und hochverzinslicher Hypotheken 3%iges Geld

Kurze Wartezeit. Schriftliche Anfragen unter Nr. 195 an die Geschäftsstelle des Blattes.



Von frischen Sendungen empfehlen wir:

frischer Spinat 32 s
Pfund

Blumenkohl

Weißkraut

Rotkraut

süße saftige
Orangen 68 s
3 Pfd.

Nichelberg.

Eine hochtrachtige



Kalbin

sowie ein kleines

Läufer-

Schwein

hat zu verkaufen

Georg Hefelschwert.

Großer Preisabbau

in Salat-Öl
Kaffee
Kaffee-Mischung
Eier-Handnadeln
Eier-Fadennadeln
Eier-Spaghetti
Eier-Maccaroni
Stangen-Käse
Wäffel-, Sand- und
Kristallzucker usw.

Hast du Husten u. Schnupfen auf der Brust, so gebe ich Dir einen guten Rat: Kauf Rentschier's selbste wache Husten-Bonbon in Wart.

Rentschier, Wart.

Turn- u. Schwarzwaldverein

Morgen Sonntag
Schi-Ausfahrt

Abfahrt 12 Uhr bei der Turnhalle Pöhlgrabenweiler — Edelweiler — Grömbach — Garmwiler. Zahlreiche Beteiligung erwünscht.

Inserate

haben jederzeit besten Erfolg!

Kirchliche Nachrichten.

Ev. Gottesdienst.

Sonntag Invok., 22. Febr. Landshuhtag; Vormittags Gottesdienst um 10 Uhr mit Predigt über: Jes. 7, 9: Sein oder Nichtsein. Lieb 298, 107.

Anschließend Abendmahlsfeier.

Kirchenopfer zu Gunsten der

Ev. Studienhilfe.

Nachm. 1/2 Uhr Christenlehre mit den Söhnen.

Abends 1/8 Uhr Gemeinschaftsstunde.

Am Dienstag abend 8 Uhr

Bibelstunde im Luthersaal.

Am Freitag abend 8 Uhr

Frauenabend im Luthersaal.

Methodistengemeinde.

Sonntag, den 22. Febr. vormittags 9 1/2 Uhr Predigt u. Feier des heil. Abendmahls: Prediger K. Ulrich. Vormittags 10 1/2 Uhr Sonntagsschule.

Nachmittags 2 Uhr: Zeugnis-

Gottesdienst und Abend-

feier f. d. Freizeitlehrende.

Abends keine Versammlung.

Mittwoch, den 25. Feb. abends

8 Uhr Bibel- u. Gebets-

sammlung.

Maria Dolz

Georg Kern

grüßen als Verlobte

Nichelberg

Oberweiler

22. Februar 1931.

Anton Acham
Elisabeth Acham

geb. Bergling

beehren sich ihre Vermählung anzuzeigen.

Altensteig, den 21. Februar 1931

Empfehle mich zur

Anfertigung von Damen- und Kindergarderoben

Frau E. Acham, Altensteig

Halnersteige 120.

Altensteig

Oetkers Qualitäts-Confituren

Gemischte Früchte	1 Pfd. 40 s
Bierfrucht	1 Pfd. 45 s
Apfel-Gelee	1 Pfd. 50 s
Pflumen-Confiture	1 Pfd. 55 s
Preißelbeer	1 Pfd. 55 s
Aprikosen	1 Pfd. 70 s
Erdbeer	1 Pfd. 85 s

Kostproben gratis.

Für Großverbraucher und Wiederverkäufer bei 5/10, 25 Pfd.-Eimer zu Fabrikpreisen. Zu dem Einheitspreise solange Vorrat reicht in hübsch dekorierten Eimern.

Bierfrucht und Pflaumen à 2 Pfd. Mk. 1.—

bei **Chr. Burghard Jr.**

Konfirmanden-Anzüge

in allen beliebigen Farben

1 und 2-reihig, mit langer oder kurzer Hose
Mk. 25.—, 28.—, 32.—, 35.—, 40.—, 45.—, 50.—
in bester Verarbeitung und moderner Ausführung kaufen Sie ausnahmsweise günstig im

Spezialhaus

Chr. Theurer, Nagold

Ecke Bahnhof- und Leonhardstraße.



Konfirmations-Gesangbücher

empfiehlt die

W. Rieker'sche Buchhandlung, Altensteig.

